

Antrag Nr. 17-F-33-0009

SPD, CDU

Betreff:

Zentrales Bürgerportal
- gem. Sitzung von SPD und CDU vom 10.10.2017 -

Antragstext:

Jüngst hat das Bundeskabinett einen bedeutenden Schritt bei der weiteren Entwicklung des E-Government in Deutschland gemacht. In den kommenden fünf Jahren sollen die Verwaltungsportale aller Behörden in Bund, Ländern und Kommunen zu einem Portalverbund verknüpft werden, wodurch den Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht werden soll, sich im Portal über individuelle Nutzerkonten anzumelden und mit dem für die jeweilige Verwaltungsdienstleistung notwendigen Sicherheitsniveau zu authentifizieren.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. ob es bereits erste Abstimmungsprozesse zwischen der Landeshauptstadt Wiesbaden (LHW), den Ländern und dem Bund gegeben hat. Was haben diese Gespräche für Ergebnisse erzielt?
2. und zu prüfen, ob die LHW als „Test-Kommune“ eine Vorreiterrolle einnehmen kann, um so Insellösungen, die in spätestens fünf Jahren wegen des zentralen Bürgerportals ohnehin obsolet wären und daher unnötig Kosten verursachen würden, zu vermeiden.

Wiesbaden, 25.10.2017

Michaela Apel
Fachsprecherin
(SPD-Fraktion)

Juliane Maltner
Fraktionsreferentin
(SPD-Fraktion)

Bernhard Lorenz
Fraktionsvorsitzender
(CDU-Fraktion)

Aryo Bisso
Fraktionsreferent
(CDU-Fraktion)